



HESSISCHER LANDTAG

09. 10. 2026

WKA

Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vergaben am Universitätsklinikum Frankfurt (UKF)

Eine Recherche der Hessenschau legt nahe, dass das Universitätsklinikum Frankfurt (UKF) in den letzten Jahren zahlreiche Aufträge vergeben hat, ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Ausschreibungen durchzuführen. Zudem seien einzelne Aufträge deutlich über dem üblichen Marktpreis vergeben worden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hoch waren die Ausgaben des UKF für Leiharbeitskräfte (insbesondere Pflege, aber auch IT und Verwaltung) in den letzten sechs Jahren?
Bitte tabellarisch darstellen und aufschlüsseln nach Jahr, Leistungsart und beauftragten Firmen.
2. Wie viele Leiharbeitskräfte waren in diesem Zeitraum jeweils im Einsatz und in welchen Bereichen/Stationen?
Bitte nach Jahr aufschlüsseln.
3. Welche durchschnittlichen Monats- bzw. Tagessätze je Leihkraft wurden bezahlt, und wie weichen diese von branchenüblichen Preisen im Rhein-Main-Gebiet ab?
4. Wurden die Schwellenwerte des Vergaberechts beim UKF überschritten, ohne dass eine Ausschreibung erfolgte?
Bitte nach Jahr und Gesamtsumme je Verwendungszweck aufschlüsseln.
5. Auf welcher Grundlage hat das UKF die Aufträge vergeben, wenn es keine Ausschreibungen gab?
6. Welche internen Hinweise oder Warnungen lagen dem UKF vor, dass Ausschreibungen erforderlich wären, von wem und zu welchem Zeitpunkt wurden sie geäußert, und was geschah damit?
7. Wie bewertet die Landesregierung die auf Hessenschau.de berichteten Aussagen, das UKF habe gegenüber interessierten Anbietern erklärt, das UKF beschäftige „generell keine Leiharbeiter“ bzw. werde „perspektivisch auf Leiharbeit verzichten“?
8. Welche Organe und Personen waren für die Vergabe und Beauftragung der Leiharbeit am UKF formal zuständig, und wer hat darüber tatsächlich entschieden?
9. Inwiefern hat die Pflegedirektorin Einkäufe gegengezeichnet, die nicht in ihrer Zuständigkeit lagen, und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
10. Welche Ausgaben für Leiharbeit ab einer Million Euro wurden dem Aufsichtsrat des UKF zur Genehmigung vorgelegt, und welche wurden ihm vorenthalten?
11. Seit wann und in welchem Umfang erteilte das UKF Aufträge an die Firma des ehemaligen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Walter Arnold?
12. Wie kam der Direktauftrag über 35.700 Euro vom März 2026 für die Vermittlung von Pflegekräften zustande, ohne dass eine Ausschreibung erfolgte?

13. Seit wann ist die Landesregierung über den Verdacht informiert, dass es Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe am UKF geben könnte?
14. Inwiefern steht die Entlassung des kaufmännischen Leiters im Zusammenhang mit den von der Hessenschau.de berichteten Vorgängen?
15. Hat das UKF einen sicheren Meldekanal nach Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) eingerichtet?
16. Gab es hierüber Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe?
Wenn ja: Wie wurde mit diesen umgegangen?

Wiesbaden, 9. Oktober 2026

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke